

JOACHIM WIEMEYER · BOCHUM

GLOBALISIERUNG DER WIRTSCHAFT ALS SOZIALETHISCHE HERAUSFORDERUNG

Einleitung

Die Globalisierung der Wirtschaft ruft einerseits Bedrohungsgefühle¹ hervor und zwar gleichermaßen in Industrie- und Entwicklungsländern. In Industrieländern wird der Verlust von Arbeitsplätzen durch die Verlagerung von Unternehmensstandorten und den zunehmenden Import ausländischer Billigprodukte sowie der Abbau des Sozialstaates und von Umweltstandards durch den verschärften internationalen Wettbewerb befürchtet. In Entwicklungsländern wird im technologischen Vorsprung westlicher Industrieländer und in der Macht und dem sozio-organisatorischen Know how der transnationalen Konzerne ein nicht mehr für sie einholbarer Vorsprung gesehen, so dass die weltweiten Abstände zwischen reichen und armen Ländern immer weiter zunehmen. Andererseits sehen vor allem marktwirtschaftlich ausgerichtete Ökonomen², die auch im Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) großen Einfluss haben, in der Globalisierung eine große Hoffnung für die Zukunft der Menschheit, weil das immer schnellere Zusammenwachsen der Märkte den Wohlstand fördert, eine deutliche und schnelle Verminderung der Anzahl von weltweit rd. 1,5 Mrd. in Armut lebenden Menschen ermöglicht und den Frieden durch gegenseitige ökonomische Abhängigkeit stärken kann. Um diese gegenteiligen Einschätzungen klären zu können, ist die Globalisierung näher zu analysieren.

1. Kennzeichen und Voraussetzungen der Globalisierung

Die Globalisierung der Wirtschaft äußert sich erstens in einem zunehmenden internationalen Austausch von Gütern und Dienstleistungen, der ge-

JOACHIM WIEMEYER, geb. 1954. Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politikwissenschaft. Dr. rer. pol. Studium der Kath. Theologie in Münster. Habilitation in Christl. Gesellschaftslehre. Seit 1998 Prof. für Christl. Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum.

messen in Anteilen an der gesamten Wirtschaftsleistung der einzelnen Länder fortlaufend wächst. Es gibt eine zunehmende Auslandsabhängigkeit der Produktion und des Konsums. Zweitens sind die Kapitalmärkte weltweit intensiv verflochten, indem Devisen und Wertpapiere heute rund um die Uhr gehandelt werden können und Investoren Anlagemöglichkeiten in einer Vielzahl von Ländern offenstehen. Internationale Großkonzerne spielen in dem Globalisierungsprozess eine zentrale Rolle, da allein rd. 30% der Welthandels innerhalb transnationaler Konzerne stattfinden. Deren Anzahl nimmt immer weiter zu und wird auf 45 000 mit mehr als 250 000 Tochterunternehmen geschätzt³. Zudem gründen auch mittelständische Unternehmen verstärkt Auslandsniederlassungen. Ebenso große Bedeutung haben internationale Banken, die zunehmend ausländische Tochtergesellschaften betreiben und/oder ausländische Banken aufkaufen. Der – auch kartellrechtlich bei der Fusionskontrolle von Unternehmen – relevante Markt ist nicht mehr der nationale oder der EU-, sondern zunehmend der Weltmarkt. Manche dieser transnationalen Unternehmen sind in fast allen Ländern der Erde vertreten, so dass sie weltweit in den Medien präselektierte Ereignisse, wie beispielsweise die Olympischen Spiele, für ihre eigenen Werbekampagnen nutzen. Bei den meisten transnationalen Konzernen ist aber durch den Stammsitz ihres Unternehmens, die Zusammensetzung des Aktionärskreises und des Managements eine eindeutige nationale Identität noch immer erkennbar, selbst wenn die Mehrzahl ihrer Produktionsstätten und Beschäftigten sich bereits außerhalb ihres Stammlandes befindet.⁴

Der internationale ökonomische Austausch konzentriert sich bisher auf die Wirtschaftszentren USA, Japan und die EU, sowie eine Reihe vor allem asiatischer Schwellenländer, so dass von einer umfassenden Globalisierung (Integration der ärmeren Entwicklungsländer und der früheren Staatshandelsländer des Ostblocks in die Weltwirtschaft) noch nicht gesprochen werden kann. So sinkt z. B. der Welthandelsanteil Subsahara-Afrikas fortlaufend. Auch finden hier praktisch keine Direktinvestitionen statt.

Die intensivere Verflechtung der Weltwirtschaft ist kein naturwüchsiger Prozess, der durch private Akteure allein vorangetrieben wird, sondern er beruht auf politischen Entwicklungen und Entscheidungen. Dabei war im Handelsbereich die 1986 begonnene Uruguay-Runde des GATT wesentlich, die 1994 in der Gründung der WTO mündete. Weitere Liberalisierungen geschahen auf regionaler Ebene (EU-Binnenmarkt, die Errichtung der Nordamerikanischen Freihandelszone: NAFTA, Mercosur etc.). In westlichen Industrieländern wurden im Finanzsektor Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben und Anlagevorschriften für Banken, Versicherungen u.a. gelockert, so dass wirtschaftliche Optionen im Ausland rechtlich erst-

mals eröffnet oder wesentlich erleichtert wurden. Diese Liberalisierungen mit dem Ziel engerer ökonomischer Verflechtungen innerhalb der ökonomisch wichtigsten westlichen Industrieländer (OECD-Staaten) zielten auf eine Wachstumsbeschleunigung ab. Sie wurden verbunden mit einer zunehmenden Privatisierung staatlicher Unternehmen (Luftfahrtgesellschaften, Telekommunikation, Bahn, Post etc.) und einer Verminderung von Marktregulierungen im Innern.

Innerhalb der Dritten Welt waren für die Öffnung von Güter- und Kapitalmärkten, Privatisierung und Deregulierung und damit die Hinwendung zu einer marktorientierten Wirtschaftspolitik vor allem die Auflagen von IWF und Weltbank gegenüber hochverschuldeten Entwicklungsländern verantwortlich.⁵ Der «Washingtoner Consensus» der genannten Institutionen forderte marktorientierte Strukturanpassungen als Voraussetzung für neue Kredite von Entwicklungsländern ein. Seit 1989 wird die Globalisierung noch dadurch verstärkt, dass sich auch die früheren Staatshandelsländer des Ostblocks nun der Marktwirtschaft und einer Weltmarktöffnung zugewandt haben. Die globale Anerkennung der Marktwirtschaft in Verbindung mit Investitionsschutzabkommen hat die Rechtssicherheit von Auslandsinvestitionen deutlich erhöht, während in den 70er-Jahren viele Länder entweder keine Auslandsinvestitionen (z. B. China) akzeptierten oder sie strikt regulierten und/oder mit Verstaatlichungen bedrohten.

Diese politischen Vorgaben ermöglichten und förderten die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien im Transport- und im Kommunikationsbereich. So haben sich die Transportkosten (besonders gering wegen fehlender Berücksichtigung von Umwelteffekten, weil im grenzüberschreitenden Verkehr keine Besteuerung von Flugbenzin oder Schiffsdiesel erfolgt) in den letzten Jahrzehnten dramatisch reduziert (größere Schiffe bei geringerer Besatzung, schnellerer Hafenumschlag durch Container, Sinken der Flugpreise etc.). Neue Technologien (Glasfaserkabel, Satellitenübertragungen, Internet etc.) verringerten die Kommunikationskosten dramatisch, was z. B. erst den weltweit ununterbrochenen Devisen- und Wertpapierhandel möglich macht. Unternehmen können so besser Aufgaben auslagern (EDV-Bearbeitung in Indien), ausländische Produktionsstätten ohne Unterschied zu inländischen direkt steuern, weil es technisch keinen Unterschied mehr macht, ob ein Auftrag an eine Abteilung auf dem eigenen Fabrikgelände oder an einen im Ausland befindlichen Zulieferer vergeben wird etc.

Hinzu kommen noch gesellschaftlich-kulturelle Ursachen der Globalisierung: Durch die Medien, Fernreisen, die Bildung etc. wächst die gesellschaftliche Akzeptanz des «Fremden», seien es fremder Menschen, fremder Produkte, fremder Unternehmen etc. Dies wird durch die zuneh-

mende Verbreitung von Fremdsprachenkenntnissen, Schul- und Studienaufenthalten im Ausland bestärkt.

2. Mögliche Folgen der Globalisierung

Durch den effizienteren Einsatz wirtschaftlicher Ressourcen, die verbesserten Möglichkeiten der Massenproduktion für globale Märkte und den verstärkten Wettbewerb wird sich das wirtschaftliche Wachstum weltweit beschleunigen. Dies kann aber innerhalb von Ländergruppen sowie einzelner Länder unterschiedliche Auswirkungen haben. Für Industrieländer lassen sich die Folgen dergestalt kennzeichnen: Von der Globalisierung profitieren in Industrieländern alle Unternehmen bzw. Wirtschaftssektoren, die international wettbewerbsfähig sind. Unternehmen, die technologisch weltweit in ihrem Bereich an der Spitze liegen, können durch die Liberalisierung der Märkte ihre führende Position in ausländischen Märkten ausbauen, indem sie leistungsschwächere ausländische Konkurrenten verdrängen oder aufkaufen. Da nicht mehr ein nationaler oder regionaler Markt der relevante Markt ist, sondern der Weltmarkt, kommt es zur Herausbildung weniger hochleistungsfähiger Unternehmen, von denen wie in der Flugzeugherstellung (Boeing, Airbus) oder in der Softwareentwicklung (Microsoft) nur wenige weltweit marktbeherrschend werden. Die Welle von Unternehmensübernahmen und Fusionen großer Konzerne (Daimler/Chrysler) ist Ausdruck dieser Tendenz. Aktionäre und Mitarbeiter dieser Unternehmen sowie die Regionen, in denen diese ihre Produktionsstätten haben, profitieren massiv von der Globalisierung.

Bedroht werden in Industrieländern alle Unternehmen, deren Arbeitnehmer und die Regionen, in denen solche Unternehmen konzentriert sind, die durch preisgünstigere ausländische Konkurrenz verdrängt werden können, indem sich Entwicklungsländer die technologische Fähigkeit aneignen, diese Produktion zu übernehmen bzw. die aus Kostengründen aus Industrieländern ins Ausland verlagert werden. Negativ betroffen sind vor allem un- oder wenig qualifizierte Arbeitnehmer in Industrieländern, deren Arbeitsplätze zuerst von Rationalisierung oder von Auslandskonkurrenz betroffen sind, wenn Gewerkschaften trotz verstärkter Lohnkostenkonkurrenz keine Lohnsenkung zulassen. Dies bedeutet auf dem Arbeitsmarkt also, dass hochqualifizierte Arbeitskräfte profitieren, hingegen nicht- oder wenig qualifizierte Arbeitskräfte verlieren.⁶

Für Industrieländer ergibt sich ein verschärfter Wettbewerb, um einheimisches Kapital im Inland zu halten und ausländisches Kapital anzulocken. In diesem Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte können Regierungen von Industrieländern auch versuchen, mit einer Senkung der Unternehmensbesteuerung (Verlagerung der Steuerlast auf Arbeitnehmer

und Konsumenten und/oder Abbau von Staatsleistungen), dem Abbau sozialer Leistungen und arbeitsrechtlicher sowie umweltbezogener Standards zu reagieren, um gegenüber der verstärkten Konkurrenz von Entwicklungsländern und anderen Industrieländern wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies wird insbesondere für Industrieländer gelten, die den Anschluss an die technologische Weltspitze verloren haben und sich dann einem zunehmenden Wettbewerb nachstoßender Schwellenländer ausgesetzt sehen. Es wird befürchtet, dass hier zwischen solchen alten Industrieländern eine Negativ-Spirale, etwa ein Steuersenkungswettbewerb, einsetzt.

Die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes mit einer gemeinsamen europäischen Währung von 11 EU-Ländern, in dem für alle gleiche Regeln in der Wirtschaftspolitik gelten und sich die EU-Länder untereinander abstimmen, mindert diesen externen Druck, weil die ökonomischen Verflechtungen der einzelnen EU-Länder sich auf den EU-Markt konzentrieren, außerhalb des EU-Raumes aber geringer sind. Von der Globalisierung können Entwicklungsländer dadurch profitieren, dass sie einen größeren Schutz vor dem Protektionismus der Industrie- und anderer Entwicklungsländer haben, ihnen daher Exportmärkte verstärkt offenstehen. Investitionen in den Aufbau einer Exportwirtschaft können sich daher eher rentieren. Weiterhin können sie sich auch leichter durch Direktinvestitionen Technologie aus westlichen Industrieländern aneignen⁷, der Kapitalzufluss kann steigen. Insgesamt ist damit ein schneller und nachhaltiger Wachstumsprozess möglich, dessen Wirkungen auch zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen durchsickern und so die absolute Armut reduzieren. Das Wirtschaftswachstum kann das Bevölkerungswachstum deutlich übertreffen, so dass bei steigendem Pro-Kopf-Einkommen die Geburtenraten, auch infolge von verlängerter Schulbildung junger Frauen, abnehmen. Mehrere asiatische Länder liefern dafür in den letzten Jahren eindrucksvolle Beispiele.

Probleme in einem solchen Wachstumsprozess treten auf, wenn nicht alle Bereiche der Gesellschaft kongruent der ökonomischen Entwicklung angepasst werden. So kann ein Prozess ins Stocken geraten, wenn z. B. das Bildungswesen nicht rechtzeitig ausgebaut wurde, sodass das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte ein Engpass für weiteres Wachstum darstellt. Weiterhin können Umweltmaßnahmen so lange vernachlässigt werden, dass es zu enormen volkswirtschaftlichen Schäden (z. B. hoher Krankheitsstand der Arbeitskräfte, sinkender Bodenertrag durch Erosionsschäden) kommt. Eine Vernachlässigung des sozialen Ausgleichs verschärft soziale Konflikte, die ökonomische und politische Instabilitäten auslösen können. Die 1997 eingetretene asiatische Krise ist Ausdruck solcher Fehlentwicklungen, weil u.a. kein dem ökonomischen Entwicklungsstand angepasstes Bankwesen und entsprechend qualifizierte staatliche Aufsichtsbehörden

vorhanden waren. Die internationalen Finanzmärkte sanktionieren wirtschaftspolitische Fehler schnell und unbarmherzig. Regierungen sehen sich gezwungen, diesen äußeren Bedingungen zu folgen. Das Ausmaß der Krisen und ihre Dauer hängt davon ab, ob die Mängel schnell angegangen werden oder ob z.B. auch interne Machtstrukturen autoritärer Regime notwendige Reformen blockieren.

Probleme bereitet die Globalisierung der Wirtschaft in denjenigen Entwicklungsländern, in denen wegen der Schwäche und wirtschaftspolitischen Fehler der Regierungen und eines wenig entwickelten heimischen privaten Wirtschaftssektors Chancen nicht genutzt werden oder aber die Voraussetzungen für eine weltmarktfähige Produktion aufgrund des Fehlens elementarer gesellschaftlicher Institutionen (Bildung, Infrastruktur, Rechtsstaatlichkeit) zu gering sind. Solche Chancen liegen für ärmere Entwicklungsländer z. B. darin, dass aus neuindustrialisierten Ländern (Südkorea, Taiwan) arbeitsintensive Wirtschaftszweige (Textil- und Bekleidungsindustrie) in wenig entwickelte Länder (etwa Bangladesch) verlagert werden. Wenn Länder nicht dem verstärkten Wettbewerbsdruck folgen oder bestimmte Gruppen oder Regionen in Entwicklungsländern sich nicht anpassen wollen oder können, weil ihnen die Informationen über Ursachen der ökonomischen Veränderungen und über Handlungsmöglichkeiten fehlen und die materiellen Ressourcen für Anpassungsstrategien unzureichend sind, werden sie negativ betroffen. Gerade die ärmsten Länder drohen noch weiter zurückzufallen, was bisher vor allem auf die meisten afrikanischen Länder südlich der Sahara zutrifft.

Diese ökonomischen Globalisierungsprozesse haben auch politische Konsequenzen, von denen einige hier benannt werden sollen: So können Diktaturen immer weniger stabilisiert werden, weil die neuen Technologien (Satellitenfernsehen, Internet) eine totale Informationskontrolle unmöglich machen. Nur um den Preis des absoluten Niedergangs (Nordkorea) kann auf die Nutzung politisch destabilisierender Technologien (PC's, Fotokopierer) und auf die Öffnung nach außen verzichtet werden. Sinkende Transport- und Kommunikationskosten ermöglichen auch Nicht-Regierungs-Organisationen aus Industrie- und Entwicklungsländern, miteinander stärker zu kommunizieren. Ebenso wird deren Fähigkeit erhöht, auch auf wichtigen globalen Konferenzen (Rio-Konferenz, Welthandelskonferenz etc.) präsent zu sein und Einfluss zu nehmen. Damit entsteht auch eine internationale Zivilgesellschaft, die wiederum auf die Herausbildung der Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern zurückwirkt. Indem sich solche Gruppen für die Einhaltung von internationalen Vereinbarungen (z. B. Menschenrechtspakte) einsetzen, wird deren Umsetzung verbessert.

Gefahren erwachsen vor allem daraus, dass es Diktatoren und terroristischen Gruppen leichter fällt, sich hochmoderne Waffen zu verschaffen

und Konflikte somit immer schwerer lokal begrenzt sind. Außerdem fördern verbesserte Kommunikations- und verbilligte Transportmöglichkeiten nicht nur die Einkommenserzielung durch Ferntourismus, sondern auch unerwünschte Migrationsbewegungen sowie die rasche Verbreitung von ansteckenden Krankheiten, Sextourismus, Drogenhandel und anderen Formen organisierter Kriminalität.

Auf weltweiter Ebene ergeben sich eine Reihe zentraler Problemfelder: Erstens können Fehlentwicklungen und Störungen, die von einem Land ausgelöst werden, weltweite Kettenreaktionen nach sich ziehen: Dies gilt vor allem für die international verflochtenen Finanzmärkte. Die Krise einer großen Bank oder eines Landes schlägt sich weltweit nieder, wobei die Märkte zu starken Übertreibungen neigen. Zweitens bilden sich im globalen Wettbewerb mächtige, weltweit agierende Großkonzerne heraus, die an ökonomischer Macht die Regierungen vieler kleiner Länder übertreffen. Es stellt sich daher die Frage, ob die nationale Politik noch hinreichend in der Lage ist, die politischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wirksam zu gestalten. Drittens würde bei den heutigen Methoden der Produktion und des Konsums der westlichen Industrieländer ihre weltweite Ausbreitung zum ökologischen Kollaps durch die Überlastung zentraler Umweltmedien und zum Zusammenbruch des wirtschaftlichen Wachstums durch den Raubbau an Ressourcen führen.

Diese Ambivalenz der Globalisierungsprozesse⁸, nämlich einerseits Chancen für eine friedliche Zukunft der Menschheit und die Verbreitung weltweiten Wohlstandes zu eröffnen, andererseits aber auch erhebliche Risiken und Probleme mit sich zu bringen, legt eine aktive Gestaltung nahe, um die positiven Chancen und Möglichkeiten zu nutzen, aber auch die Probleme zu bewältigen und die Risiken zu mindern. Eine solche aktive Gestaltung bedarf einer sozialetischen Grundlegung, denn weltweite Regeln und Organisationen (Institutionen) müssen auf international weit akzeptierten Wertvorstellungen beruhen, zugleich aber auch funktionsfähig sein.

3. Sozialetische Überlegungen zur Globalisierung

Nach dem Bild des Alten Testaments stammen alle Menschen von einem Paar ab, was eine fundamentale Einheit des ganzen Menschengeschlechts symbolisiert und zum Ausdruck bringt, dass alle Menschen einer menschenweiten Familie (*Gaudium et spes* Nr. 2 u. 3) angehören. In dem prinzipiell unbeschränkten Liebesgebot, das auch Fremde und Feinde umfasst, ist in christlicher Sicht eigentlich immer schon eine universalistische, d.h. die gesamte Erde und alle Menschen umfassende Perspektive angelegt. Allen Völkern ist die Botschaft vom Reich Gottes zu verkünden. Damit

weist die biblische Botschaft in Richtung einer Anerkennung der fundamentalen gleichen Würde aller Menschen im weltweiten Horizont, die alle «Ebenbilder Gottes» (Gen 1,26f.) sind. Diese Einsicht wurde in der Geschichte des Christentums verdunkelt, vielfach durch die Missachtung fremder Religionen und Kulturen außereuropäischer Völker. Die Realisierung der Menschenwürde durch die Garantie konkreter Menschenrechte steht erst seit 50 Jahren (UN-Menschenrechtserklärung von 1948) auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert wächst bei Christen das Bewusstsein der Verantwortung für globale Strukturen. Im Protestantismus äußert sich dies im Weltkirchenrat, in der katholischen Kirche vor allem im Zweiten Vatikanum und den Enzykliken Pauls VI. «*Populorum progressio*» 1967 und «*Sollicitudo rei socialis*» Johannes Pauls II. 1987. Fortlaufend werden diese Fragen vom Päpstlichen Rat «*Justitia et pax*» behandelt. Gemeinsam haben Christen diese Anliegen im konziliaren Prozess «Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung» thematisiert. Kirchliche Hilfswerke wie Brot für die Welt, Misereor etc. sind Ausdruck dieses weltweiten Engagements.

Der christliche Glaube ermuntert nicht nur zu den in solchen Werken ihren Ausdruck findenden Liebestaten, sondern gibt auch eine Hoffnungsperspektive für die Zukunft der Menschheit. Für Christen sind dabei grundlegende Ziele, dass für alle Menschen auf der Erde die Menschenrechte als individuelle Freiheitsrechte gesichert, alle Menschen an den sie betreffenden politischen Entscheidungen (Partizipationsrechte) teilhaben können, allen Menschen die materiellen Grundlagen menschenwürdigen Lebens garantiert sind und ihnen Entfaltungschancen (soziale und kulturelle Rechte) geboten werden. Die politischen Beziehungen zwischen Staaten müssen so gestaltet sein, dass Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden. Die ökonomischen Beziehungen sollten dazu führen, dass sie allen, vor allem den ärmsten Ländern, Perspektiven für einen Aufstieg durch eigene Anstrengungen ermöglichen. Insgesamt muss das Wirtschaften global so eingerichtet sein, dass auch zukünftigen Generationen ausreichend Ressourcen für menschenwürdige Lebensbedingungen zur Verfügung stehen. Diese sind als zentrale Anforderungen an das weltweite Gemeinwohl zu bezeichnen.

Ökonomie spielt für das Weltgemeinwohl⁹ zwar eine wichtige Rolle, aber eine umfassende menschliche Entwicklung geht über ökonomische Aspekte hinaus. Deshalb sind für die Ökonomie internationale Regelsysteme und globale Organisationen zu errichten, um den globalen Gemeinwohlerfordernissen mit der Schaffung und Verbesserung von Institutionen zu entsprechen. Aus der Sicht der Christlichen Sozialethik müssten die internationalen Strukturen sich als ein «Weltgesellschaftsvertrag»¹⁰ rekonstruieren lassen, der – etwa analog der Vorstellung von John

Rawls – aus einer Situation der Unparteilichkeit modelliert wird und daher die Gleichberechtigung aller Staaten mit einer besonderen Rücksichtnahme für die Schwächeren (vorrangige Option für die Armen) beinhaltet.¹¹

4. *Sozialethische Beurteilung der heutigen globalen Institutionen*

Wenn man die gegenwärtige Struktur internationaler Beziehungen an diesen Anforderungen misst, ist Folgendes festzuhalten: Erstens üben die westlichen Industrieländer einen dominierenden Einfluss in der Formulierung globaler Regelwerke sowie internationaler Organisationen (UN-Sicherheitsrat, Internationaler Währungsfonds, Weltbank) aus, weil diese in der Nachkriegszeit ohne oder nur mit unzureichender Beteiligung der Dritt-Welt-Länder geschaffen wurden. Zweitens ist das globale Regelsystem von seinem Umfang her unzureichend, weil viele akute Probleme nicht oder nur höchst unvollkommen reguliert werden, z. B. indem es für private Akteure auf dem Weltmarkt keine Wettbewerbsgesetzgebung gibt. Ähnliche Regeldefizite gibt es im Umweltbereich (Klimaschutz). Drittens ist für geltende Regeln bei den vorhandenen Regelsystemen und in internationalen Organisationen eine unparteiische Regelauslegung nicht gewährleistet, weil verbindliche internationale Gerichtshöfe (z.B. beim weltweiten Menschenrechtsschutz, im Welthandelsrecht) fehlen. Viertens ist die Durchsetzung globaler Regeln gegenüber Einzelstaaten nur asymmetrisch möglich, im ökonomischen Bereich nur gegenüber hoch verschuldeten Entwicklungsländern, nicht aber gegenüber starken Industrieländern. Viele internationale Regeln (Menschenrechte, Umweltvereinbarungen, Sozialrechte der Internationalen Arbeitsorganisation: ILO) sind auch gegenüber Entwicklungsländern nicht durchsetzbar. Fünftens sind die Vielzahl internationaler Regelsysteme und internationaler Organisationen untereinander nicht abgestimmt, obwohl es aus normativer Perspektive eine Interdependenz verschiedener Ordnungssysteme gibt, weil diese alle identischen sozialethischen Grundprinzipien gehorchen müssen und die Erreichung des Weltgemeinwohls deren Kohärenz erfordert.

Diese Defizite geben Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung internationaler Institutionen. Diese sind aber gemäß dem Subsidiaritätsprinzip immer nachrangig gegenüber nationalen Strukturen anzusetzen.¹² Nur wenn durch Einzelaktivitäten der Staaten sowie kontinentale Staatensammenschlüsse (EU) wesentliche Elemente des Weltgemeinwohls nicht hergestellt werden können, haben globale Institutionen zum Zuge zu kommen. Der europäische Einigungsprozess in der EU ist eine wichtige Antwort auf die Globalisierung¹³, der entsprechend dieser normativen Überlegungen für die Globalisierungsproblematik weltweite Institutionenbildung folgen muss.

5. Weltweite Strukturgestaltung

Aus der normativen Sicht der Christlichen Sozialethik sind die globalen Wettbewerbsprozesse durch parallele globale Regeln und Institutionen zu gestalten, um die ökonomischen Prozesse mittels politischer Gestaltung an den Erfordernissen des Weltgemeinwohls zu orientieren.¹⁴ Die Regeln für die globale Wirtschaft müssen so gesetzt werden, dass der Wettbewerb allen Ländern Vorteile erbringt, aber auch der Wettbewerb dort ergänzt oder ersetzt wird, wo Märkte nicht funktionieren oder zu normativ unerwünschten Ergebnissen führen. Die globalen Regeln müssen zunächst die Politik der einzelnen Länder binden und so verhindern, dass sich einzelne Länder im Wettbewerb ungerechtfertigte Vorteile verschaffen. Dafür können hier nur einige zentrale Elemente angedeutet werden: Erstens haben die einzelnen Länder die in den internationalen Organisationen vereinbarten Regeln des globalen Handels- und Dienstleistungsverkehrs einzuhalten. Dies verlangt vor allem von den USA und der EU den Verzicht darauf, ihre wirtschaftspolitische Macht gegen schwächere Länder in Handelskonflikten einzusetzen.¹⁵ Bei der WTO ist eine Wettbewerbsbehörde einzurichten, die die Bildung und den Missbrauch privater Wirtschaftsmacht transnationaler Konzerne überwacht. Zweitens muss im umweltpolitischen Bereich durch gemeinsame Vereinbarung der Länder erreicht werden, dass die grenzüberschreitenden Verkehrsströme nicht länger durch Steuerfreiheit von Flugbenzin, Dieselöl etc. begünstigt, sondern entsprechend ihrer Umwelteffekte auch finanziell belastet werden. Auch für die Produktion besonders umweltbelastender Güter sind bestimmte Mindestproduktionsstandards zu sichern. Der Schadstoffausstoß aller Länder muss bei zentralen Belastungsfaktoren (CO₂-Ausstoß) verbindlich reduziert werden. Drittens ist im sozialen Bereich zu gewährleisten, dass entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivitätsentwicklung der einzelnen Entwicklungsländer Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten, Gesundheitsschutz), Entlohnung und soziale Sicherheit verbessert werden. Eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer ist über betriebliche Mitwirkungsrechte und Gewerkschaften zuzulassen. Viertens sind die internationalen Finanzmärkte einer stärkeren Regulierung zu unterziehen, um Störungen der realen Wirtschaft, vor allem das Interesse der Arbeitsplatzsicherheit, durch Schwankungen des Finanzsektors und durch Zusammenbrüche von Banken etc. zu vermeiden. Fünftens haben die Industrieländer vor allem den ärmeren Entwicklungsländern für längere Zeiträume garantierte Mittel zuzusagen, die ihnen ermöglichen, in ihren Ländern die materiellen Voraussetzungen einer Teilhabe am Weltmarkt zu schaffen, Umweltschutzinvestitionen zu tätigen sowie ihr Sozialsystem zu verbessern.

Es gilt also, solche interdependenten globalen Regelungen zu finden, die sowohl für eine große Zahl von Industrie- wie für Entwicklungsländer akzeptabel sind: Industrieländer haben ein Interesse daran, dass nicht das Fehlen minimalster Sozial- und Umweltstandards in Entwicklungsländern zu einem problematischen Wettbewerbsprozess führt. Hingegen haben Entwicklungsländer ein Interesse daran, dass die Industrieländer ihre Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern weiter öffnen und sie durch Kapitalzuflüsse, Technologiehilfe etc. wirksam die Voraussetzungen für eine profitable Teilhabe am Weltmarkt schaffen. Regelungen der Finanzmärkte und des privaten Wettbewerbs liegen im Interesse aller, um eine monetäre Stabilität und die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs zu sichern. Daher kann schon ein wohlverstandenes, langfristig orientiertes Eigeninteresse aller Beteiligten in die sozialetisch gewünschte Richtung führen. Solche Konzepte umfassender Regelungen müssten detaillierter ausgearbeitet und in internationalen Organisationen institutionalisiert werden. Dies setzt partielle Souveränitätsverzicht von Staaten voraus, die die Christliche Sozialethik einfordert.¹⁶ Die dafür notwendige Bewusstseinsbildung ist in der Bevölkerung der Industrie- sowie der Entwicklungsländer durch die kirchliche Sozialverkündigung zu fördern.

Schlußbemerkung

Die Interdependenzen zwischen den verschiedenen Nationen werden auch in Zukunft weiter zunehmen. Der Globalisierungsprozess ist unausweichlich geworden und dürfte allein aus technologischen Gründen irreversibel sein. Es kommt daher sozialetisch darauf an, diesen Globalisierungsprozess durch Institutionen normativ zu gestalten. Da die katholische Kirche einerseits durch den Staatencharakter des Vatikans auf der Staatenebene Mitwirkungsrechte hat, andererseits als Weltkirche die umfassendste globale nichtstaatliche Organisation ist, mit wohl einer einmaligen Verankerung in der Bevölkerung einer Vielzahl von Ländern, hat sie eine Chance, auf der Basis christlich-sozialetischer Wertpositionen auf den Globalisierungsprozess einzuwirken. Dazu müsste das unter Katholiken in einer Vielzahl von Ländern vorhandene Wissen zusammengeführt und gebündelt werden, um die erforderlichen globalen Ordnungskonzepte zu entwerfen.

Andererseits haben aber auch die einzelnen Ortskirchen die Aufgabe, vor nationalen Verengungen zu warnen und deutlich zu machen, dass das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft prinzipiell aus der Perspektive des Evangeliums erwünscht ist und daher nicht dämonisiert werden darf. Kirchliche Sozialverkündigung hat daher nicht einen naiven «Mut zur Zukunft» zu vermitteln, sondern realistische Schritte zur Gestaltung der

Globalisierungsprozesse aufzuzeigen. Innerhalb der Industrie- wie Entwicklungsländer kommt es darauf an, dass durch politische Maßnahmen tatsächlich Chancen geschaffen werden, damit alle Bevölkerungsgruppen von den Vorteilen der Globalisierung profitieren können. Weiterhin kommt es darauf an, die durch den Globalisierungsprozess ausgelösten ökonomischen, regionalen und sozialen Strukturänderungen so zu gestalten, dass negativ Betroffenen kompensiert, die Anpassung an neue Marktgegebenheiten erleichtert und ihnen neue Perspektiven geboten werden.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. dazu: Hans-Peter Martin/Harald Schumann, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Hamburg 1998.

² Vgl. etwa: C. Ch. v. Weizsäcker, *Logik der Globalisierung*, Göttingen 1999.

³ Vgl. Michael Windfuhr, *Die globale Wirtschaft braucht eine rechtliche Rahmenordnung*, in: Rolf Eschenburg/Martin Drabrowski (Hg.), *Konsequenzen der Globalisierung*, Münster 1998, S. 89-137, hier S. 95.

⁴ Vgl. Friedhelm Hengsbach, «Globalisierung» aus wirtschaftsethischer Sicht, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/97*, S. 3-12, hier S. 7.

⁵ Vgl. Manfred Kulesa (Hg.), *100 Jahre Bretton Woods? Beiträge zum Gespräch über Weltwirtschaft, Weltbank und Kirche*, Bonn 1997, S. 42.

⁶ Vgl. Klaus Gottwald/Hans-Rimbert Hemmer, *Entwicklungsländer im Zeitalter der Globalisierung: Regionale Trends und wirtschaftspolitische Empfehlungen*, *Entwicklungsökonomische Diskussionsbeiträge Nr. 26*, Gießen 1998, S. 22f.

⁷ Vgl. Gottwald/Hemmer, a. a. O., S. 17f.

⁸ Vgl. Sachverständigengruppe «Weltwirtschaft und Sozialethik» in Verbindung mit den kirchlichen Werken Adveniat, Caritas, Misereor, missio Aachen, missio München und Renovabis, *Die vielen Gesichter der Globalisierung. Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung*, Bonn 1999.

⁹ Vgl. Reinhard Marx, *Weltgemeinwohl als sozialethische Kategorie*, in: *Stimmen der Zeit 212* (1994), S. 37-48.

¹⁰ Vgl. Otfried Höffe, *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München 1999.

¹¹ Vgl. Joachim Wiemeyer, *Europäische Union und weltwirtschaftliche Gerechtigkeit*, Münster 1998, bes. Kap. 3.

¹² Vgl. Höffe, a. a. O., S. 126ff.

¹³ Vgl. Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung?*, Frankfurt a. M. 1997., S. 259ff.

¹⁴ Vgl. Reinhard Marx, a. a. O., S. 44f.

¹⁵ Zur Kritik der EU-Politik vgl. Wiemeyer, a. a. O., Kap. 4 u. 6.

¹⁶ Vgl. Franz Furger, *Politik oder Moral?*, Solothurn/Düsseldorf 1994, S. 336ff.